



DIE INSTITUTIONEN UND POLITIKFELDER DER EUROPÄISCHEN UNION

Prof. Marco Brunazzo
Institut für Soziologie und Sozialforschung
Universität Trient

Laut dem 2009 in Kraft getretenen Vertrag über die Europäische Union gibt es sieben EU-Institutionen:

1. Das **Europäische Parlament** ist ein direkt gewähltes Gesetzgebungsorgan mit Kontroll- und Haushaltsbefugnissen. Er besteht aus 705 Mitgliedern und hat seinen Sitz in Straßburg (wo die Plenarsitzungen stattfinden), Brüssel (Versammlungsort der Fraktionen und parlamentarischen Ausschüsse) und Luxemburg (Sitz des Generalsekretariats).
2. Der **Europäische Rat** legt die allgemeinen politischen Zielvorstellungen und Prioritäten der EU fest. Er setzt sich aus den Staats- und Regierungschefs der Mitgliedstaaten sowie dem Präsidenten des Europäischen Rates und dem Präsidenten der Europäischen Kommission zusammen. Der Rat hat seinen Sitz in Brüssel.
3. Der **Rat** ist die Stimme der Mitgliedstaaten der EU, er nimmt EU-Gesetze an und koordiniert die EU-Politik. Seine Mitglieder sind die RegierungsministerInnen der jeweiligen EU-Mitgliedsländer, welche je nach Politikbereich aus dem thematisch passenden Ministerium entstammen. Er hat seinen Sitz in Brüssel.
4. Die **Kommission** fördert die allgemeinen Interessen der EU durch Vorschläge für neue europäische Rechtsvorschriften und deren Durchsetzung. Sie setzt Strategien um und verwaltet den EU-Haushalt. Sie besteht aus einem „Kollegium“ von Kommissaren - einem aus jedem Mitgliedsland. Sie hat ihren Sitz in Brüssel.
5. Der **Gerichtshof der Europäischen Union** stellt sicher, dass das Unionsrecht in allen EU-Mitgliedsländern gleichmäßig ausgelegt und angewandt wird. Er besteht aus zwei Gerichten: dem Gerichtshof, welcher aus einem Richter je Mitgliedstaat und elf Generalanwälten besteht, und dem Gericht, an den jedes EU-Mitglied zwei Richter entsendet. Er hat seinen Sitz in Luxemburg.
6. Die **Europäische Zentralbank** sorgt für die Preisstabilität in der EU und setzt die Wirtschafts- und Geldpolitik der EU um. Sie besteht aus einem Präsidenten oder einer Präsidentin, fünf Mitgliedern des Direktoriums und den Präsidenten der nationalen Zentralbanken der Länder der Eurozone. Sie hat ihren Sitz in Frankfurt.

Schools beyond regions and borders (2021-2023)

Austria – Bosnia-Herzegovina – France – Germany – Ireland – Italy – Spain

web: www.sbrb.eu | email: sbrb.2023@gmail.com



7. Der **Rechnungshof** überprüft, ob die EU-Mittel ordnungsgemäß erhoben und verwendet werden und verbessert das Finanzmanagement der EU. Er besteht aus einem Rechnungsprüfer aus jedem Mitgliedsstaat aus jedem EU-Land. Er hat seinen Sitz in Luxemburg.

Das institutionelle System der EU zeichnet sich durch drei Hauptmerkmale aus. Das Erste ist die Komplexität: Es gibt kein Pendant in demokratischen Staaten oder internationalen Organisationen. Der Europäische Rat, der Rat der EU, die Europäische Kommission und das Europäische Parlament erlauben es der EU, Entscheidungen im Namen von fast einer halben Milliarde Einwohnern aus 27 verschiedenen Ländern zu treffen. Diese Komplexität rührt von einem zweiten Merkmal des institutionellen Systems der EU her: Europäische Politik ist immer eine Diskussion über die "Spielregeln", welche nie allein von der Suche nach der besten Lösung für Probleme diktiert werden. Dennoch besteht eine Verbindung zwischen den in dem Vertrag zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (Vertrag von Rom) von 1957 gegründeten Institutionen und den gegenwärtigen Institutionen: Viele der ursprünglichen Institutionen haben ihren Namen sowie ihre Rollen geändert und die Zahl der Institutionen ist gewachsen, aber das System hat sich weniger als erwartet verändert.

Der Grund für diese Kontinuität liegt im dritten Merkmal der EU-Institutionen: der Suche nach Konsens. Die EU-Institutionen wurden nicht nur geschaffen, um Entscheidungen zu treffen; ihre Hauptaufgabe besteht darin, Konflikte zu bewältigen und Vereinbarungen zwischen den Mitgliedstaaten zu erleichtern. Obwohl das System langsam und für die Bürger manchmal schwer zu verstehen scheint, war es oft überraschend wandlungsfähig. Die EU-Institutionen dienen heute einer größeren Anzahl von Ländern, als es in den 1950er Jahren gedacht war. Darüber hinaus haben sich ihre Zuständigkeiten auf Interessenbereiche ausgeweitet, die ursprünglich unter staatlicher Kontrolle standen. Dennoch nimmt keine einzige Institution die Funktionen wahr, die in den nationalen Systemen der Regierung anvertraut sind. Die Beschlussfassung der Union wird auf mehrere Institutionen, die unabhängig, aber funktional miteinander verbunden sind, aufgeteilt. Es funktioniert ein bisschen wie in den USA.

Laut einem der wichtigsten Autoren der US-Verfassung, James Madison, wird die Freiheit geschützt, indem "die innere Struktur der Regierung so entworfen wird, dass ihre verschiedenen Bestandteile durch ihre gegenseitigen Beziehungen das Mittel sein können, um sich gegenseitig am richtigen Platz zu halten" (Federalist-Artikel Nr. 51). Madison stellte ein politisches System vor, welches auf einer mehrfachen Gewaltenteilung basierte. Die Macht wurde horizontal in Legislative, Exekutive und Judikative und vertikal in die zentrale und die föderalen Regierungsebenen aufgeteilt. Damit sollte die Bildung und Tyrannei permanenter Mehrheiten verhindert werden, d.h. die Konzentration aller exekutiven, gesetzgebenden und rechtsprechenden Gewalten in denselben Händen.

Die Arbeitslogik der europäischen Institutionen geht in diese Richtung: Kein Akteur oder keine Koalition von Akteuren kann das gesamte System dauerhaft kontrollieren.

Schools beyond regions and borders (2021-2023)

Austria – Bosnia-Herzegovina – France – Germany – Ireland – Italy – Spain

web: www.sbrb.eu | email: sbrb.2023@gmail.com



Dies liegt daran, dass die Regierungsinstitutionen getrennt sind, aber Macht und Ressourcen teilen. Dadurch kann jede ihre eigene Meinung äußern oder gegen die Initiative einer anderen Institution ein Veto einlegen. Das Handeln der Institutionen unterliegt gegenseitiger Kontrolle („checks and balances“), welche Wettbewerb und Zusammenarbeit zwischen Institutionen, die öffentliche Güter erschaffen, erzeugt.

In der EU ist die von Montesquieu formulierte Teilung von Exekutive, Legislative und Judikative komplexer. Die drei Gewalten sind sowohl horizontal als auch vertikal geteilt. In der horizontalen Dimension wird die Exekutivgewalt von der Europäischen Kommission, dem Europäischen Rat oder dem Rat der Europäischen Union ausgeübt. Die Gesetzgebungsbefugnis wird von der Europäischen Kommission und gemeinsam, d.h. wie die zwei Kammern eines Zweikammerparlaments, von dem Rat der Union und dem Europäischen Parlament ausgeübt. Schließlich liegt die rechtsprechende Gewalt beim Gerichtshof der Europäischen Union und den nationalen Gerichten.

Was die vertikale Aufteilung betrifft, so repräsentieren die Institutionen unterschiedliche Wählerschaften. Das Europäische Parlament wird alle fünf Jahre direkt von den Bürgerinnen und Bürgern gewählt und vertritt ihre Interessen. Die Mitglieder des Europäischen Rates und des Rates der Europäischen Union vertreten die Interessen der einzelnen Mitgliedsländer und werden bei den nationalen Wahlen gewählt, die je nach Land alle drei bis fünf Jahre stattfinden. Schließlich werden die Mitglieder der Europäischen Kommission, welche supranationale Interessen vertritt, durch einen komplexen Mechanismus gewählt, indem die Mitgliedstaaten eine entscheidende Rolle spielen, wo aber der Einfluss des Parlaments wächst.

Kurz gesagt, hat die EU nicht ein alleiniges Gesetzgebungsorgan, sondern einen Gesetzgebungsprozess, indem verschiedene Institutionen (der Rat, das Parlament und die Kommission) unterschiedliche Rollen spielen. Ebenso gibt es kein alleiniges Exekutivorgan, da die Exekutivgewalt in einigen Bereichen vom Rat der EU (der auf der Grundlage eines früheren Kommissionsvorschlags handelt) und für andere Zwecke (z.B. Wettbewerbspolitik) von der Kommission ausgeübt wird.

Die Komplexität des Systems und dessen Konsens-Bedarf zeigen sich in der Art und Weise, wie Rechtsakte angenommen werden. Gemäß dem ordentlichen Gesetzgebungsverfahren:

- Die Europäische Kommission unterbreitet dem Rat und dem Europäischen Parlament einen Gesetzgebungsvorschlag.
- Der Rat und das Parlament nehmen den Gesetzgebungsvorschlag entweder in erster oder in zweiter Lesung an.
- Kommt in zweiter Lesung keine Einigung zustande, so wird ein Vermittlungsausschuss einberufen.
- Ist der vom Vermittlungsausschuss gebilligte Vorschlag für beide Organe in dritter Lesung annehmbar, so wird der Rechtsakt erlassen.

Schools beyond regions and borders (2021-2023)

Austria – Bosnia-Herzegovina – France – Germany – Ireland – Italy – Spain

web: www.sbrb.eu | email: sbrb.2023@gmail.com



- Wird ein Gesetzgebungsvorschlag in irgendeiner Phase des Verfahrens abgelehnt oder erzielen Parlament und Rat keinen Kompromiss, so wird der Rechtsakt nicht erlassen und das Verfahren endet.

Die EU fördert mittels ihrer Politiken und Entscheidungen das Wohl, die Sicherheit und die Interessen ihrer Bürger. Dies geschieht in vielen Bereichen.

- Wirtschaftspolitik

Ziel der Wirtschaftspolitik der Europäischen Union ist es, eine stabile und wohlhabende Gesellschaft zu schaffen. In der Eurozone erhöht die gemeinsame Währung sowohl die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen als auch die wirtschaftliche Stabilität. Die Europäische Union zahlt den Mitgliedstaaten verschiedene Subventionen, z.B. für die Verbesserung der lokalen Lebensstandards in den ärmsten Gebieten Europas. Die EU strebt es auch an, Arbeitsplätze in Europa zu erhalten und Arbeitslosen zu helfen, Arbeit zu finden. Es wird in Bildung und Forschung investiert und es werden Anstrengungen unternommen, um Veränderungen in der Wirtschaft besser vorherzusagen.

- Agrarpolitik

Die EU will eine langfristig stabile landwirtschaftliche Produktion in allen Teilen Europas sicherstellen. Die Qualität der Lebensmittel, die Verpackungskennzeichnung und der Pflanzenschutz werden kontrolliert, denn die EU möchte dafür sorgen, dass die in den verschiedenen Teilen Europas hergestellten Produkte sicher, sauber und von hoher Qualität sind und dass dessen Anbau im Einklang mit den Umwelterfordernissen erfolgt.

- Umweltpolitik

Die Umweltauflagen der EU sind die strengsten der Welt. Die EU nimmt den Schutz von Natur und Umwelt ernst. In allen internationalen Verhandlungen ist die EU im Umweltschutz führend. Ein weiteres Ziel der Umweltpolitik ist es, Erfindungen zu fördern und alle Unternehmen zu ermutigen, in ihrer Geschäftstätigkeit die Umwelt zu respektieren. Umweltfreundliche Produkte und Betriebsabläufe werden unterstützt.

- Handelspolitik

Zwischen den EU-Mitgliedstaaten gibt es keine Zölle. Auch Importe aus Entwicklungsländern sind entweder zollfrei oder profitieren von Zollminderungen. Die Europäische Union nimmt in der Welthandelsorganisation (WTO) eine wichtige Position ein. Die Handelsbeziehungen mit den Mittelmeeranrainern, Russland, den Vereinigten Staaten und China werden dabei besonders gepflegt.

- Sicherheitspolitik

Schools beyond regions and borders (2021-2023)

Austria – Bosnia-Herzegovina – France – Germany – Ireland – Italy – Spain

web: www.sbrb.eu | email: sbrb.2023@gmail.com



Die Sicherheitspolitik der Europäischen Union konzentriert sich auf die inneren Angelegenheiten Europas. Die gemeinsame europäische Strafverfolgungsbehörde Namens Europol ermöglicht die Zusammenarbeit zwischen den nationalen Polizeibehörden bei der Prävention des Drogenhandels, der illegaler Einwanderung, des Menschenhandels und der Geldwäsche. Die Zusammenarbeit zwischen Strafverfolgungsbehörden, Staatsanwälten, Richtern und Polizei wird von Eurojust gefördert.

Die Sicherheitspolitik hat auch eine internationale Dimension, denn die EU entwickelt seit Kurzem auch eine gemeinsame Verteidigungspolitik. Dabei ist insbesondere eine Zusammenarbeit bei der Verhinderung von Terrorakten geplant. Zudem hat die EU Schnelleingreifkräfte geschaffen, welche zum Notfallmanagement weltweit entsandt werden können. Da die EU-Schnelleingreifkräfte aus den Truppen der Armeen der Mitgliedstaaten zusammengesetzt werden, handelt es sich hierbei nicht um eine separate "Euro-Armee". Darüber hinaus nimmt die EU an verschiedenen Friedensmissionen teil.

- Außenpolitik

Jeder Mitgliedstaat ist für seine eigene Außenpolitik verantwortlich. Die Zusammenarbeit zwischen den Ländern hat in den letzten Jahren, insbesondere nach der Verabschiedung des Vertrags von Lissabon dennoch zugenommen. Es werden nun ein Präsident und ein Hoher Vertreter der Union für Außen- und Sicherheitspolitik gewählt, die an internationalen Konferenzen teilnehmen. Die Europäische Union verfolgt in ihrer Außenpolitik weiterhin ihre Werte. Wenn möglich, werden alle Probleme durch Verhandlungen gelöst.

[Übersetzung aus dem Englischen von Maria Marinelli]

Schools beyond regions and borders (2021-2023)

Austria – Bosnia-Herzegovina – France – Germany – Ireland – Italy – Spain

web: www.sbrb.eu | email: sbrb.2023@gmail.com